

Glanz und Elend der deutschen Geschichte

2000 bis 2016

Band 7

Der Zahlmeister des EU-Einheitsstaates

Band 7/122: 20.08.2012 – 26.11.2012

20.08.2012

Frankreich: Die Tageszeitung "DIE WELT" berichtet am 20. August 2012 über die Entstehung der Europäischen Union: >>Europas Einigung war de Gaulles Rache an den USA

Bis 1956 liebäugelten die Franzosen mit einer Achse Paris-London. Erst als die Intervention zusammen mit Israel am Suezkanal an Amerikas Einspruch scheiterte, kam es zu den Römischen Verträgen.

Am 10. September 1956 fliegt Frankreichs Premierminister Guy Mollet zu Gesprächen mit seinem britischen Kollegen Anthony Eden nach London. Fünfzig Jahre später enthüllen freigegebene Dokumente aus den britischen Archiven, welches Angebot der französische Sozialist dem britischen Konservativen macht. "Bei seinem letzten Besuch in London erörterte der französische Premier Monsieur Mollet mit dem Prime Minister die Frage einer Union zwischen dem Vereinigten Königreich und Frankreich", heißt es lapidar in einer britischen Kabinettsvorlage.

Der Vorgang läßt die Entstehung der Europäischen Union in einem neuen Licht erscheinen. Während man in Deutschland den Mythos der EU als Antwort auf die Gräber des Ersten und zweiten Weltkriegs pflegt, ist sie eher zu begreifen als Teil des verzweifelten französischen Versuchs, das eigene Kolonialreich vor dem Untergang zu retten.

Mollets Vorstoß in London erfolgt gerade mal sechs Monate, bevor Frankreich die Römischen Verträge unterschreibt und damit zusammen mit Deutschland, Italien und den Beneluxstaaten die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) gründet - die Vorläuferorganisation der EU. Aus französischer Sicht ist das Projekt Europa eben nur Plan B.

Eine Idee aus schierem Not

Sechzehn Jahre zuvor, am 16. Juni 1940, hatte ausgerechnet Winston Churchill eine Union Frankreichs und Großbritanniens auf der Basis einer gemeinsamen Staatsbürgerschaft, eines vereinten Parlaments und Kabinetts sowie gemeinsamer Organe der Außen-, Verteidigungs-, Wirtschafts- und Finanzpolitik vorgeschlagen.

Geboren war die Idee aus der schierem Not. Nur durch die Union mit dem unbeugsamen Großbritannien war die Kapitulation der Franzosen vor Hitler noch abzuwenden. Und wenn Festland-Frankreich nicht mehr zu halten war, so wären wenigstens die französischen Kolonien aus der Konkursmasse zu retten. Denn in Churchills Plan des Widerstands gegen die deutsche Militärmaschine sollte das Weltreich notfalls die Basis bilden, von der aus der Kampf auch dann fortgesetzt werden konnte, wenn England besetzt würde.

Für Charles De Gaulle spielte "La France d'outre-mer" eine vergleichbare Rolle. Sie sollte die materielle Basis seines "Freien Frankreich" bilden. Schon im Herbst 1940 brachen Kamerun, Tschad und Französisch-Äquatorialafrika mit dem Kollaborationsregime Marschall Pétains in Vichy und schlossen sich De Gaulles Widerstandsbewegung an. Doch waren Frankreichs Kolonien ohne Großbritanniens Flotte hilflos den Deutschen ausgeliefert.

"Wir sind ein kleines Land"

So hatte der General, sonst peinlich auf französische Unabhängigkeit bedacht, persönlich dem britischen Premier die politische Union vorgeschlagen. Die Idee freilich stammte nicht von De Gaulle selbst, sondern von einem anglophilen Politiker namens Jean Monnet. Der sollte in die Geschichte eingehen als Gründervater von Montanunion, Euratom und EWG; eines kontinentaleuropäischen Verbunds also, den ausgerechnet Charles de Gaulle zum Bollwerk gegen den angelsächsischen Einfluß in Europa umfunktionierte.

"De Gaulle hielt täglich Reden über la grandeur française", sagte Monnet später über die unmittelbare Nachkriegszeit. "Ich sagte ihm geradeheraus: Wenn Sie nicht aufpassen, wird es keine Grandeur geben. Wir sind ein kleines Land, wir sind ausgeplündert worden, unsere industrielle Basis ist weitgehend zerstört. Frankreich könnte der Hinterhof Europas werden." Diese Überlegungen bildeten den Ausgangspunkt für die 1952 verkündete "Montanunion".

Was der als Deutscher geborene französische Außenminister Robert Schuman als "Vergemeinschaftung" der Kohle- und Stahlindustrie auf dem Weg zu einer Europäischen Föderation pries, war für Frankreichs Elite eine Ruhrbesatzung ohne Militär. So sicherte sich Frankreich einen Zugriff auf die deutsche Kohle. Durch die "Hohe Behörde" der Montanunion wurde zudem die "Ruhrbehörde" der Siegermächte kaltgestellt, in der auch Großbritannien und die USA Sitz und Stimme hatten.

Erniedrigung durch Ho Chi Minh

Den "Angelsachsen" nahm man in Paris übel, daß sie nach dem Krieg französische Pläne zur Zergliederung Westdeutschlands nicht unterstützt, sondern zur Abwehr der kommunistischen Gefahr die Bundesrepublik geschaffen und bewaffnet hatten.

1956 aber - vier Jahre nach Gründung der Montanunion und zwei Jahre nach der Erniedrigung der französischen Armee durch Ho Chi Minhs vietnamesische Guerillas in Dien Bien Phu - sucht Frankreich wieder die Nähe zum Rivalen Großbritannien.

Anlaß ist die Suez-Krise. Sie ist ein Schlüsselereignis zum Verständnis des imperialen Subtexts der europäischen Einigung.

Am 26. Juli 1956 verstaatlicht Ägyptens Diktator Gamal Abdel Nasser den Suezkanal. Nassers Panarabismus ist der Versuch, den alten Traum des Kalifats unter national-sozialistischem Vorzeichen neu zu beleben. Zur Auslöschung des jüdischen Staats bildet Nasser mit Jordanien und Syrien ein "Vereinigtes Arabisches Oberkommando" und schickt Fedajin-Kommandos mit Terrorauftrag nach Israel. Zugleich unterstützt er mit Geld und Waffen den blutigen Zermübungskrieg der algerischen "Nationalen Befreiungsfront" (FNL) gegen Frankreich in Algerien.

Die sowjetische Drohung wird negiert

Mit der Verstaatlichung des Suezkanals bekommt Nasser nicht nur eine Maschine zum Geld drucken in die Hand, sondern kann Großbritannien von seinen Besitzungen östlich von Suez und Europa vom Öl des persischen Golfs abschneiden. Zum ersten Mal seit dem Untergang des Osmanischen Reichs bedroht eine islamische Macht die Südflanke Europas. Diese Bedrohung führt Großbritannien, Frankreich und Israel zum letzten Abenteuer des europäischen Imperialismus zusammen. Suez wird zum militärischen Glanzstück und zum politischen Desaster.

Der bei einem Geheimgespräch in Sèvres ausgearbeitete Plan sieht vor, daß Israel den Sinai besetzt und bis zum Kanal vorrückt. Dann sollen Großbritannien und Frankreich einen Waffenstillstand und einen Rückzug der israelischen und ägyptischen Truppen vom Kanal fordern und zur "Sicherung des Friedens" die Kanalzone besetzen. So geschieht es auch. Weder die Drohung des sowjetischen Führers Nikita Chruschtschow mit einem Einsatz der Atombombe, noch die Ankündigung eines Öl-Embargos durch Saudi-Arabien beeindruckten Mollet und Eden.

Doch als auch US-Präsident Dwight D. Eisenhower einen Rückzug der Europäer verlangt und damit droht, Amerikas Sterling-Reserven zu verkaufen und damit die britische Wirtschaft zu ruinieren, verlieren die Briten die Nerven. Anthony Eden tritt zurück. Anfang Dezember werden die europäischen Streitkräfte am Suezkanal zurückgezogen und durch eine Truppe der Vereinten Nationen ersetzt.

Eisenhowers größter Fehler

Später hat Eisenhower die Intervention in der Suez-Krise als größten außenpolitischen Fehler seiner Administration bezeichnet. Das ist untertrieben. Das Fiasko von Suez hat verhängnisvolle Folgen. Der bereits militärisch geschlagene Nasser kann sich der "arabischen Straße" als Sieger präsentieren. Neun Jahre später kann er einen erneuten Versuch unternehmen, Israel zu liquidieren. Der radikale arabische Nationalismus gewinnt überall an Boden. Und trotz der Tatsache, daß Amerika Nassers Haut gerettet hat, richtet sich der Panarabismus zunehmend auch gegen die USA.

Amerikas wichtigste Verbündete sind gedemütigt worden. Daraus ziehen sie allerdings gegensätzliche Schlüsse. Während die Briten unter Harold MacMillan beschließen, die Liquidierung des Empire zu beschleunigen und die Lehre ziehen, künftig nie ohne amerikanische Rückenbedeckung zu handeln, kommen die Franzosen zum Ergebnis, daß man sich nicht auf die Angelsachsen verlassen könne; daß Frankreich an der Union mit Algerien mit aller Kraft festhalten und Europa als Gegenmacht zur Anglosphäre aufbauen müsse.

Wie Konrad Adenauer dem verbitterten Guy Mollet sagte, werde die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft seine "Rache für Suez" sein. Ein Vierteljahr nach dem Rückzug der Briten und Franzosen aus Ägypten werden die Römischen Verträge unterzeichnet.

Ermütigung für die algerischen Kämpfer

Zweifellos verband Mollet mit diesem Schritt die Hoffnung, wenigstens an Algerien festzuhalten, das ja als französisches Übersee-Département, also Teil des Mutterlands, Mitglied der EWG wurde. Bei ihrem Widerstand gegen den EU-Beitritt der Türkei vergessen deutsche und französische Politiker heute gern, daß damals vom Gründungsmitglied Frankreich zehn Millionen Muslime in die Gemeinschaft eingebracht wurden, und daß Algerien bei einem anderen Gang der Ereignisse heute selbstverständlich Mitglied der Europäischen Union wäre.

Der Rückzug aus Suez jedoch ermutigte die algerischen Revolutionäre. Auch wenn die französische Armee 1957 die Schlacht von Algier gegen die FNL gewann, war die französische Bevölkerung nicht bereit, die materiellen, menschlichen und moralischen Opfer zu tragen, die der schmutzige Anti-Guerillakrieg verlangte. Wie später Vietnam, Irak und Afghanistan wurde Algerien an der Heimatfront verloren.

Das Ergebnis der französischen Niederlage war verheerend: Über eine Million nicht-muslimische Algerier wurden von der siegreichen FNL aus dem Land getrieben, bis zu 150.000 angebliche Kollaborateure der Kolonialmacht massakriert, weitere Hunderttausende flohen ins Mutterland, das die ehemaligen "Überseebürger" plötzlich als Fremde ablehnte.

Kulturelle Katastrophe epochalen Ausmaßes

Unter dem Beifall einer antiimperialistischen Linken vollzog sich eine der größten ethnischen Säuberungen des 20. Jahrhunderts, wurde die De-Europäisierung des südlichen und östlichen Mittelmeerraums fortgesetzt, die mit der Vertreibung der Armenier und Griechen aus der Türkei begann und erst vollendet wäre, wenn Israel "von der Landkarte verschwinden" würde. Eine kulturelle Katastrophe epochalen Ausmaßes.

Nicht zufällig übrigens schließt die EWG 1963 - ein Jahr, nachdem Frankreich die Unabhängigkeit Algeriens anerkannt hat - ein Assoziationsabkommen mit der Türkei, das die spätere Mitgliedschaft vorsieht. Was heute von Angstmachern als Komplott zur Islamisierung Europas dargestellt wird, war in Wirklichkeit ein Versuch, verlorenen Boden wieder zu gewinnen.

Europa ist für Frankreich nur eine Option

Adenauer hatte Recht: das europäische Projekt war Frankreichs "Rache für Suez": nicht weniger, aber nie mehr. Deshalb sollte man sich nicht wundern, wenn ein Francois Hollande, der aus der Partei Guy Mollets kommt, wenig Neigung verspürt, im Interesse einer "immer engeren Union" deutsche Vorschriften in der Wirtschaftspolitik zu akzeptieren, und lieber mit Spanien und Italien konspiriert, um Angela Merkels Fiskalpakt zu unterlaufen.

Frankreichs imperiale Träume sind zwar ausgeträumt, verblutet in Vietnam und Algerien, aber Europa, das für Deutschland alternativlos erscheint, war, ist und bleibt für die Grande Nation eine Option. Nicht zufällig ging der gegenwärtigen Krise in den deutsch-französischen Beziehungen ein gemeinsamer Waffengang von Briten und Franzosen voraus: beim Sturz des Nasser-Adepten Muammar al-Gaddafi in der früheren italienischen Kolonie Libyen.

Der deutschen Regierung war da eine Landtagswahl wichtiger als das Mitmachen bei der militärischen Rückkehr Europas ans Mittelmeer. In Paris wird das nicht so schnell vergessen.<<

21.08.2012

BRD: Der deutsche Hochschullehrer i.R. Dr. Hans Penner fordert bereits am 21. August 2012 den Rücktritt der Bundeskanzlerin Merkel (x932/...): >>Merkel betreibt Auflösung

Deutschlands

Im Widerspruch zu ihrem Amtseid betreibt Frau Dr. Angela Merkel eine Energie- und Europapolitik, die Deutschland großen Schaden zufügt und zu Deindustrialisierung, Arbeitslosigkeit und Verarmung führen wird. Aus diesen Gründen ist der Rücktritt von Frau Dr. Angela Merkel von ihrem Amt als Bundeskanzlerin zu fordern.

1. Auflösung der Bundesrepublik Deutschland

Frau Merkel betreibt die Auflösung der Bundesrepublik Deutschland als souveränen Rechtsstaat. Deutschland soll in einen europäischen Bundesstaat integriert werden, der aller Voraussicht nach eine sozialistische Fiskal-Diktatur sein wird. Diese Bestrebungen widersprechen Artikel 20 des Grundgesetzes. Das Grundgesetz erlaubt den Bürgern Widerstand gegen diese Politik.

2. Vernachlässigung der Bankenaufsicht

Durch Vernachlässigung der Bankenaufsicht unter der Regierung von Frau Merkel hat sich in Deutschland der Schwerpunkt der Bankentätigkeit auf das Investmentbanking verlagert. Als Ergebnis betreiben Banken riskante Geschäfte, deren Verluste der Steuerzahler tragen muß.

3. ESM-Vertrag

Auf Betreiben von Frau Merkel soll in Luxemburg eine unzutreffend als "Europäischer Stabilitätsmechanismus" (ESM) bezeichnete internationale Finanzbehörde geschaffen werden. Laut ESM-Vertrag soll diese ESM-Bank volle Immunität genießen. Beaufsichtigungen oder Kontrollen der ESM-Bank sind untersagt. Die Mitarbeiter der ESM-Bank sind zum Stillschweigen verpflichtet.

4. Schulden-Union

Unter Mißachtung der europäischen Gesetze betreibt Frau Merkel die Umgestaltung der EU in eine Schuldenunion. Die ESM-Bank dient ausschließlich dem Zweck, die Gläubiger maroder Banken zufriedenzustellen.

5. Preisgabe der Haushaltssouveränität

Die Finanzierung der ESM-Bank bedeutet die Preisgabe der Haushaltssouveränität des Bundestages. Der Bundestag kann zwar das deutsche Mitglied des Gouverneursrates der ESM-Bank beeinflussen, nicht aber die Entscheidungen des Gouverneursrates.

6. Anstieg der Staatsverschuldung

Unter der Regierung von Frau Merkel stieg die Staatsverschuldung von 1,5 auf 2,1 Billionen Euro. Auf Betreiben von Frau Merkel verpflichtet sich Deutschland, der ESM-Bank einen Betrag von 190 Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen. Da Deutschland dieses Geld nicht

hat, kann dieser Betrag nur durch eine höhere Neuverschuldung aufgebracht werden. Darüber hinaus kann der Gouverneursrat das Grundkapital des ESM und damit den Beitrag Deutschlands jederzeit nach Belieben erhöhen.

7. Torpedierung der Sozialen Marktwirtschaft

Frau Merkel torpediert die Soziale Marktwirtschaft durch zwangswirtschaftliche Verordnung unwirtschaftlicher Stromerzeugungsmethoden.

8. Vernichtung der Kerntechnik

Ohne rationale Begründung vernichtet Frau Merkel die hochentwickelte, sichere deutsche Kerntechnik und zwingt zum Import von unverzichtbarem Nuklearstrom. Die Eigentümer der Kernkraftwerke werden gesetzwidrig zwangsenteignet. Die Gesamtkosten müssen vom Steuerzahler getragen werden. Deutschland verliert seine Kompetenz auf dem Gebiet der Kernenergie.

9. Propagierung der Klimakatastrophen-Hypothese

Wider besseres Wissen behauptet Frau Merkel als promovierte Physikerin, Kohlendioxid sei ein Schadstoff, obwohl dessen Klimasensitivität unter 1° C liegt. Kohlendioxid-Emissionen haben keinen schädlichen Einfluß auf das Klima, fördern aber das Pflanzenwachstum.

10. Umbau der Stromversorgung in Deutschland

Frau Merkel fordert einen extrem kostspieligen unnötigen Umbau der Stromversorgung in Deutschland, der nach gegenwärtigen Schätzungen einen Anstieg der Stromkosten auf das dreifache bewirken wird. Süddeutschland soll aus dem Wattenmeer mit Strom versorgt werden, was Stromleitungen erfordert von der Länge München - Moskau.

11. Gefährdung der Sicherheit der Stromversorgung

Frau Merkel fördert einen exzessiven Ausbau der sogenannten "erneuerbaren" Energieformen Photovoltaik, Windkraft und Biogas. Dadurch gefährdet sie in zunehmendem Maße die Netzstabilität und macht großräumige und langdauernde Stromausfälle immer wahrscheinlicher. Solche Stromausfälle werden nicht nur große Sach- und Vermögensschäden anrichten, sondern möglicherweise auch Tote und Verletzte fordern.

12. Belastung der Umwelt

Die von Frau Merkel geforderten und geförderten "erneuerbaren" Energieformen Photovoltaik, Windkraft und Biogas belasten die Umwelt in Deutschland, ohne irgendeinen Einfluß auf das Weltklima auszuüben.

13. Zerstörung der Familie

Unter der Regierung von Frau Merkel wird die Familienstruktur unseres Volkes zerstört. Jede Woche werden einige tausend sozial unerwünschte ungeborene Deutsche vor ihrer Geburt getötet.

14. Islamisierung Deutschlands

Unter der Regierung von Frau Merkel werden an Universitäten islamische Lehrstühle eingerichtet, um die verfassungswidrige totalitäre Ideologie des Islam auszubreiten.<<

08.09.2012

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 8. September 2012 (x887/...): >>Verrät uns auch Karlsruhe?

Staatsstreich: Parlament hat Deutsche bereits schutzlos dem ESM ausgeliefert

Tritt der Euro-Rettungsfonds ESM in Kraft, dann verliert der Bundestag de facto sein Budgetrecht und wird somit machtlos, denn eine ESM-Obergrenze ist nicht existent.

Gebannt blicken nicht nur die Deutschen am kommenden Mittwoch gen Karlsruhe. Dort entscheidet an jenem Tag das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) über die Eilanträge gegen den "Europäischen Stabilitätsmechanismus" (ESM).

Trotz mehr als einjähriger Diskussion dürfte Millionen von Bürgern noch immer nicht klar sein, was dort auf dem Spiel steht. Das ist vor allem der geschickten Vorgehensweise der

Bundesregierung und der rot-grünen Opposition zu verdanken, die es geschafft haben, die Deutschen über den brisanten Kern des "Rettungsschirms" ESM hinwegzutäuschen.

Die deutsche Haftung für zu "rettende" Euro-Länder sei streng begrenzt, heißt es. Und: Die Demokratie, vor allem das Mitbestimmungsrecht der Deutschen über ihr Geld, bleibe bestehen.

Beides ist falsch. Laut Vertrag kann das ESM-Führungsgremium beliebig Geld bei den Euro-Ländern einfach abrufen. Die "Obergrenze" von 700 Milliarden Euro, von denen schon so mehr als 192 Milliarden auf Deutschland entfallen, kann durch Tricks im Vertrag jederzeit angehoben werden. Und Deutschland kann sich gegen die Forderungen nicht mehr wehren.

Damit fällt auch das zweite Versprechen: Das wichtigste Recht des Parlaments, seine Herrschaft über den Steuersäckel, wird ihm de facto genommen. So machtlos, wie es der Bundestag dann sein wird, war (mit Ausnahme von NS-Zeit und DDR) kein deutsches Parlament seit der Gründung des Deutschen Reiches 1871.

Von Berlin aus werden die Deutschen mit Spiegelfechtereien bei Laune gehalten und abgelenkt: Sie sei strikt dagegen, daß der ESM eine "Banklizenz" erhalte, mit der er sich grenzenlos Geld bei der Europäische Zentralbank (EZB) holen könne, tönt die Kanzlerin. Eine derartige Erweiterung des ESM-Mandats sei mit ihr nicht zu machen.

Doch Merkel weiß: Bereits im vorliegenden Vertrag ist die "Banklizenz" längst vorhanden, nur etwas verklausuliert formuliert. Und diesem Vertrag haben Union, FDP, SPD und Grüne im Juni im Bundestag zugestimmt. Die wenigen Gegenstimmen, angeführt von Klaus-Peter Willsch (CDU), Frank Schäffler (FDP) und Peter Gauweiler (CSU), waren einsame Rufer in der Wüste.

Bislang hat sich das BVerfG keinem der Euro-Abenteuer in den Weg gestellt, auch wenn ihre verfassungspolitischen Konsequenzen bereits bedenklich waren. Diesmal müßten die Richter endgültig "Stopp" rufen. Lassen sie auch diese Chance verstreichen und winken den ESM-Vertrag mit ein paar blutleeren Ermahnungen durch, stehen die Deutschen einem neuartigen Staatsstreich gegenüber, gegen den sie kein Organ der Republik mehr schützt. Eine niederschmetternde Erfahrung, auf die das Volk dann selbst eine Antwort finden muß.<<

15.09.2012

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 15. September 2012

(x887/...): >>**Geldkrieg beenden**

Euro als Waffe gegen Berlin

Heiner Kappel ist studierter Theologe und wurde evangelischer Pfarrer. Er kennt sich also mit Fragen von Schuld und Sühne aus. Insbesondere in unserem Land wird ja ein regelrechter Schuldskult betrieben, dessen sich Länder wie Griechenland oder Italien in der aktuellen Euro-Krise auch fleißig bedienen.

Schon mit dem Titel "Geldkrieg statt Weltkrieg" will der frühere FDP-Politiker provozieren. Er sieht Deutschland weiter als besetztes Land, dessen Schicksal von den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges diktiert wird. Eine harte D-Mark und das wiedervereinigte Deutschland seien England, Frankreich und Amerika zu viel gewesen. Daher wurde die D-Mark dem Euro geopfert. Glaubt man Kappel, dann ist der Weg in die Transferunion schon von langer Hand geplant.

Der Autor sieht Deutschland vor allem in der historischen Rolle des Zahlmeisters. So sei unser Land im "Friedensdiktat" von Versailles so zurechtgestutzt worden, wie man es schon immer haben wollte. Die Absichten der späteren Siegermächte seien alles andere als altruistisch gewesen. Kappel zitiert aus einem Artikel, der am 16. September 1989 in der englischen Zeitung "Sunday Correspondent" erschienen ist:

"Wir sind 1939 nicht in den Krieg eingetreten, um Deutschland vor Hitler oder die Juden vor Auschwitz oder den Kontinent vor dem Faschismus zu retten. Wie 1914 sind wir für den nicht

weniger edlen Grund in den Krieg eingetreten, daß wir eine deutsche Vorherrschaft in Europa nicht akzeptieren konnten."

1945 war Deutschland wieder da, wo man es haben wollte: "Deutschland sollte nicht nur auf das Niveau eines Agrarlandes zurechtgestutzt werden; auch das Denken, Wollen und Sinnen sollte einer gründlichen Sanierung zugeführt werden. Das Ganze nannte man reeducation - Umerziehung."

Etwas holzschnittartig - aber Kappel will ja aufrütteln und provozieren - beschreibt er, wie die Sieger daran arbeiteten, daß ein tiefes Schuldgefühl das Reden, Handeln und Denken der Besiegten prägen sollte. Heute zeige sich nach über 60 Jahren "intensiver geistiger und seelischer Indoktrination", daß der Erfolg dieser Bemühungen überwältigend gewesen sei.

Als Deutschland dann die Wiedervereinigung bekam und die Bürger aus der DDR auch nach der harten D-Mark verlangten, war dies zu viel für die Sieger. Der französische Präsident Francois Mitterand erklärte gegenüber Kanzler Kohl die Abschaffung der nationalen Währung und die Einführung des Euro daher zu einer Frage von Krieg und Frieden.

Mittlerweile ist das Kind in den Brunnen gefallen. Der Euro ist in einer schweren Krise, alte nationalistische Ressentiments - vor allem gegenüber den Deutschen - feiern wieder unfröhliche Urstände. Dabei gab es vor Einführung des Euro genügend kritische Stimmen, die deutlich machten, daß eine Währungsunion ohne Fiskal-, Sozial- und Wirtschaftsunion zu riskanten Spannungen zwischen den Teilnehmerstaaten führen müßte. "Einer der Dobermänner, der schon damals alle ernst gemeinten Argumente und deren Vertreter aus dem Felde biß, war der heutige Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble", so Kappel.

Nach dem Motto "Besser ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende" müsse auch die Möglichkeit von Staats- und vor allem Bankenpleiten in Kauf genommen werden. Kappel will die Deutschen zum Widerstand gegen eine Politik aufrufen, die dezidiert gegen deutsche Eigeninteressen gerichtet ist. Deutschlands Rolle als Geldgeber ist endlich, genauso wie die wirtschaftlichen und sozialen Ressourcen des Landes.

Heiner Kappel: "Kapiert's endlich - Geldkrieg statt Weltkrieg", ... Bad Schussenried 2012
...<<

13.10.2012

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 13. Oktober 2012 (x887/...): >>>**Von der Gleichberechtigung zur globalen Gleichschaltung**

Nach dem Willen des Bundesrats soll künftig in den Führungsetagen von Unternehmen ein fester Anteil Frauen sitzen. Die Befürworter einer gesetzlich festgelegten Frauenquote sprechen von Gleichberechtigung, die den Frauen bei der Besetzung von Spitzenpositionen bislang verwehrt werde.

Gleichberechtigung wird heute allerdings allzu gern mit Gleichstellung bezeichnet, die einer Gleichschaltung im Sinne der Herrschenden Tür und Tor öffnet. Der ganze Unsinn dieses Gedankens kommt besonders in der Geschlechtergleichschaltung ("gender mainstreaming") zum Ausdruck, die nicht etwa eine Geschlechtergleichberechtigung zur Folge hat, sondern die einer Geschlechterzerstörung gleichkommt.

Auch der in diesem Zusammenhang zu nennende Feminismus als Ideologie von der Führungsrolle der Frau erfüllt keine sinnvolle Funktion innerhalb unseres Staatswesens. Er ist fehl am Platze, denn er hat die Frau ihrer vordringlichen Rolle beraubt. Ebenso wie den Mann, der die Familie schützte, ernährte und ihr in bestimmten organisatorischen Aufgaben zur Seite stand. Das alles soll nun beseitigt werden. Der Daseinszweck des Mannes ist völlig in Frage gestellt. Indem man den Mann seiner typischen männlichen Aufgaben beraubt, entmannt man ihn sozial und im weiteren Zuge dann auch wirtschaftlich und politisch. Die biologisch-psychischen Konsequenzen bleiben nicht aus. Entmannte Männer suchen in Übertreibungen, im Alkohol und in der Zerstörungswut ihr seelisches Ventil.

Gleichzeitig damit wird auch die Frau entweiblicht, sie sucht in Männertätigkeiten ihre Zuflucht (Karrierefrauen) und kann auch für ihre Kinder nicht länger die Mutter sein.

Biologisch zwar, aber psychisch und im eigentlichen Sinne ist sie damit völlig überfordert, denn sie lebt ja nach einem anderen "Programm". Liebe gibt sie ja nur oder überwiegend in ihren Beruf, dem Mann eventuell noch Sex, aber der ist dann wenig mehr als ein Spaß, der keine partnerschaftlichen Funktionen mehr hat. Mann, Kinder und damit Familie bleiben auf der Strecke.

Wie wird nun das Ziel sozialer Entmannung und familiärer Zerstörung erreicht? Mit Niedrigentlohnung zum Beispiel. Lohndumping bei Männern führt zum Zwang der Mitarbeit der Ehefrau, Lohndumping bei dieser wiederum zur Verschuldung und der Abhängigkeit von Geldverleihern (Papiergeldversprechern), weil das Geld beider nun doch nicht für die Familie reicht.

Dasselbe Symptom finden wir beim Staat, denn das falsche Denken hat überall seine Entsprechung. Dort herrscht auf Grund weichlich-weiblicher Machtstrukturen - auch wenn diese von Noch-Männern ausgeübt wird, ebenfalls der Hang zum Verkonsumieren und Genießen des Lebens und des dabei irrational ablaufenden Schuldenmachens. Die Bank wird sozusagen zur Übermutter der Gesellschaft. Das führt zu dem bekannten Privatisierungswahn, der auf dem Vertrauen in Bankkredite lebt und der den (einstmals) männlich und nach männlichen Prinzipien geführten Staat immer weiter schwächt - "Verschlankung" nennt man das.

Der von den führenden Machtgruppen geplante Weltstaat - dies wird immer als "Verschwörungstheorie" abgetan, obwohl es erwiesen ist - führt schließlich in die völlige Abhängigkeit der Geldverleiher, die sich ja schon vorher durch das irrationale, im Grunde verbrecherische Zinssystem zu ihrer jetzigen Macht entwickeln konnten. Man kann eben nicht mit Geld Geld verdienen.

Dies ist eine fundamentale Täuschung der sogenannten Kreditnehmer. Hinter jedem Geldbetrag muß zwingend die Arbeitskraft des Individuums stehen, sonst ist es kein Geld, sondern eine wertlose papierne Versprechung, für die erst noch gearbeitet werden muß.

Fazit: Wer das Männliche zerstört, zerstört letztlich auch das Volk, damit auch die Familie, ebenso die Frau, und führt durch das egoistische Konsumentenverhalten die gesamte Existenz auf diesem Planeten in Dauerkonflikte und damit in den Abgrund. Da nützen auch Gesetze nichts mehr. Das feministische Programm sowie auch die einseitige Intellektualisierung der Menschheit bei fortschreitendem Verlust der natürlichen Emotionen war ein Fehlprogramm. Was eigentlich hätte laufen müssen, wäre Demut vor den Naturgesetzen, bescheidene Lebensführung, echte Religiosität und Gemeinschaftsdenken. Dies alles war bei den sogenannten "Wilden" noch selbstverständlich.

Diesen Prinzipien folgend, bräuchten wir weder Kapitalismus noch Sozialismus oder Feminismus, auch ein neuer Maskulinismus, wie er sich beim Extrem-Bodybuilding und bei militärischer Gewalt zeigt, ist überflüssig.

Weiteres Fazit: Die gesamte Zivilisation (Verbürgerlichung der Lebensweise) hat im Grunde versagt. Der Geist der Aufklärung ist in einem Ungeist des Materialismus zu Ende gegangen. Kultur, das also, was man pflegt, hat seinen Sinn verloren, denn inzwischen werden mehr und mehr kulturzerstörerische Dinge gepflegt.

Das schon vor Jahrhunderten zweckentfremdete und auf den Kopf gestellte Christentum war mit der Maxime erfolgreich "Gott erlaubt alles, wenn ich nur um Vergebung bitte", nur ein billiger Trick zur Machterhaltung der institutionalisierten Glaubensmacht "Kirche", für die bei der Missionierung von Naturvölkern und bei der Bestrafung Andersdenkender (Inquisition) Millionen ihr Leben ließen. Zusätzlich wurde mit Angst vor der Hölle Geld verdient. Per Ablass kaufte man sich davon frei, heute sind es die Spenden und die Wohltätigkeit derer, die ein schlechtes Gewissen haben. Und man bedient sich eines neuen Angstmechanismus, der Angst

vor der "Klimakatastrophe". Ein neuer Ablasshandel ist in Gang gekommen.

Sogenannte Demokratisierung, internetgesteuerte "Revolutionen" und die angeblich notwendige "Globalisierung" zur Erreichung optimaler Profitergebnisse des kapitalistischen Zinssystems sind die Instrumente der Machterhaltung geworden, für die jeder Preis gezahlt wird. Begleitendes Instrumentarium sind die Massenmedien, deren ausgesuchte und aussortierte Inhalte den Völkern das vorgeben, was zur Machterhaltung der bestehenden Systeme nützlich erscheint. Alles andere wird als Störwissen ausgeblendet.

Der zunehmende Verlust der Ethik, die Nichtbeachtung der Zehn Gebote, die sich in der Belieblichkeit von Lebensstilen und Verhaltensweisen zeigen, werden nun mit dem neuen Begriff der "Menschenrechte" getarnt, deren Definition aus neuen linken philosophischen Ideenküchen und Denkfabriken - die Frankfurter Schule läßt grüßen - der um ihr Leben kämpfenden Machtelite stammt. Sozialismus im Mäntelchen des Weltkapitals.

Nicht mehr Weltrevolution per Kommunismus, sondern Weltumerziehung per Medieninformation heißt die Devise. Links gilt also weiterhin als schick und förderungswürdig und wird chimärenhaft mit einer immanenten Friedens- und Wohlstandsversprechung gleichgesetzt. Zurück zu einem neuen, umgefärbten Kommunismus? Wir drehen uns im Kreis, und das Volk macht auch noch mit.<<

Oktober 2012

BRD: Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck (von 2001-2006 Botschafter in Rom) berichtet im Oktober 2012 über die Rettung des EURO (x878/...): >>**Ret-**
tung des Euro - finanzielles Versailles für Deutschland?

Vorbemerkung: Politiker, die die Eurozone in ihrer jetzigen Form um jeden Preis erhalten wollen, beschwören gern das antike Griechenland und Rom als Wiege Europas. Diesem großen Erbe sei Europa verpflichtet, dafür seien Opfer gerechtfertigt. Dann wäre es allerdings naheliegend, auch einige Grundsätze der alten Römer zu beherzigen und zu befolgen. Denn diese klugen Politiker haben ein Imperium errichtet, das Jahrhunderte überdauert hat. Dazu gehört, daß die längerfristigen Folgen politischen Handelns überdacht und bei politischen Entscheidungen berücksichtigt werden müssen.

... respice finem (... bedenke die Folgen)

Daran fehlt es. Die kurzatmigen Maßnahmen zur Rettung des Euro lassen ein Überdenken möglicher, langfristiger Folgen vermissen. Dabei sind die Warningschilder nicht zu übersehen.

Es ist eine Binsenweisheit, aber deswegen nicht falsch: Wenn die europäische Einigung ein dauerhaft erfolgreiches Projekt bleiben soll, müssen die Völker "zustimmen" und "mitgehen". Ein als "alternativlos" dargestelltes Zusammenschrauben mit aller Gewalt ist das glatte Gegenteil. Mit dem Hebel der Eurokrise wird genau das versucht.

Schon jetzt begehren die sog. Süd- oder Schuldnerländer gegen eine Politik auf, die sie als Entmündigung empfinden und die extreme Belastungen mit sich bringt. Die Proteste in Griechenland, Spanien, Portugal und der wachsende Unmut in Italien deuten alle in die gleiche Richtung. Im Norden, in Deutschland und in den anderen sog. Geberländern wächst der Widerstand gegen die finanziellen Belastungen, die im Namen der Solidarität und der Rettung des Euro abgefordert werden. So etwas bleibt unvergessen, das hinterläßt bei Geber- und Nehmerländern schwere Ressentiments, die die künftige europapolitische Diskussion vergiften werden.

Haben denn die deutschen und europäischen Politiker vergessen, woran Jugoslawien zerbrochen ist? Der Norden, Slowenien und Kroatien, wollten für den Süden nicht mehr zahlen. Die Folge war ein Bürgerkrieg. In Belgien steht die Existenz des Gesamtstaates auf dem Spiel, weil das "reiche" Flandern nicht mehr für den "armen" Süden, Wallonien, finanziell bluten will. Die Bestrebungen in Schottland, sich aus dem Vereinigten Königreich zu lösen, haben ihren Grund nicht zuletzt in dem Anspruch, die Erlöse der Erölförderung vor seinen Küsten

allein zu nutzen. Und ganz aktuell: In Spanien streben das reichere Katalonien und das Baskenland einen eigenen Staat an, weil sie den armen Süden nicht mehr durchfüttern wollen. In Deutschland kämpft u.a. Bayern für eine Neuordnung des umstrittenen Länderfinanzausgleichs. -...

Im Ruhrgebiet von heute ist Deutschlands Zukunft in einer europäischen Transferunion zu besichtigen. Jahrzehntlang war der Ruhrpott das industrielle Herz Deutschlands, das entscheidend zum Wiederaufbau des Landes nach dem Zweiten Weltkrieg beigetragen hat. Ohne die gewaltigen Transferleistungen von der Ruhr wäre die deutsche Wirtschaft in den großen Flächenländern, insbesondere Bayern, nicht so schnell aufgeblüht.

Heute ist das Ruhrgebiet in weiten Teilen eine Industriebrache, viele Städte sind überschuldet oder pleite, Schulen verfallen, Straßen sind marode, die aktive Bevölkerung wandert ab. Das Ruhrgebiet gehört heute zu den am meisten von Armut bedrohten deutschen Großräumen. Über Jahrzehnte geleistete, enorme solidarische Transferleistungen haben die Ruhr der nötigen Mittel beraubt, um rechtzeitig und effizient den wirtschaftlichen Strukturwandel zu finanzieren, die (blinde) Solidarität hat das Ruhrgebiet buchstäblich ausbluten lassen.

Dauerhafte Finanztransfers gewaltiger Summen über ein Jahrzehnt und mehr sind Sprengstoff für die Zukunft. Die Solidarität hat ihre Grenzen. Wird sie überfordert, sind Konflikte programmiert. Das geschieht nicht heute und nicht morgen, aber es geschieht. Das Wort vom "EU-Völkergefängnis" könnte und wird die Runde machen. Wer dieses Warnschild mißachtet, legt die Axt an die Wurzeln des europäischen Einigungswerks. Da helfen auch große Worte und das Pathos von der Wertegemeinschaft Europas nichts mehr. Weder der Appell an das spanische, britische, belgische oder jugoslawische Nationalgefühl konnten oder können Auflösungserscheinungen verhindern, wenn bedeutende ökonomische und finanzielle Interessen dem entgegenstehen.

Was müssen wir also aus deutscher Sicht im längerfristigen Interesse Europas beachten? Von welchen Überlegungen müssen wir uns leiten lassen?

Versailles

Die Eurokrise weckt in Deutschland ungute Erinnerungen. Die Situation erinnert an das Ende des Ersten Weltkriegs, als in Versailles 1919 Deutschland Bedingungen auferlegt wurden, die darin gipfelten: "Die Deutschen sollen zahlen!". Heute ist Druck auf internationaler Ebene hoch und wächst weiter, die deutsche Politik zur Übernahme größerer Risiken zu bewegen, um den Euro zu retten. Deutschland soll der Vergemeinschaftung der Schulden der Eurostaaten, einer Transfer- und einer Bankenunion sowie der Ausgabe von Eurobonds zustimmen und für alles die Haftung übernehmen. Deutschland ist in der Abwehr dieser Forderungen nahezu isoliert.

Sicherlich steckt in der deutschen Abwehrhaltung ein Reflex auf die Erfahrungen von Versailles. Massive Ressentiments, eine Hyperinflation mit der damit einhergehenden Verarmung breiter Bevölkerungsschichten und Radikalisierungen, die letztlich zur Machtergreifung Hitlers beigetragen haben, waren die Folge von Versailles. In Deutschland wird nun befürchtet, daß die Eurokrise benutzt wird, um auf das deutsche Volksvermögen zuzugreifen - über erzwungene deutsche Kredite, die voraussichtlich nie zurückgezahlt werden, und erzwungene deutsche Haftungen, für die noch unsere Kinder und Enkel gerade stehen müßten. Was an Vermögen danach noch da ist, würde spätestens in der Inflation untergehen.

Zur deutschen Erinnerung gehört auch, daß die große Weltwirtschaftskrise von 1929 ff. ebenso wie die Finanzkrise von 2007 ff. von der angelsächsischen Finanzwelt ausgelöst wurden. Das Vertrauen in deren Weitsicht, Verantwortungsbewußtsein und Lösungsvorschläge ist nicht nur in Deutschland minimal. Die Wall-Street und die City von London folgen nur ihren kurzfristigen Interessen, verstehen es aber, ihre Regierungen für ihre Interessen zu mobilisieren und ihre Vorschläge und Forderungen weltweit über die Medien und interessengeleitete

"Wissenschaft" zu orchestrieren und als "objektive" Notwendigkeiten darzustellen.

Die Risiken und Vorteile einer Euro-Rettung sind deshalb aus deutscher Sicht abzuwägen. Neben den finanziellen müssen vor allem die politischen Aspekte mit einbezogen werden. Gerade die politischen Aspekte haben – wiederum in Erinnerung an die Katastrophen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts - ein besonderes Gewicht. Verantwortungsvolle Politik besteht nicht nur aus Ökonomie.

Griechenland

Mit Griechenland hat alles begonnen; seither hält es die Deutschen, die Europäer und die Welt in Atem. Was kostet uns ökonomisch ein Austritt/Ausschluß Griechenlands aus der Eurozone, was der Verbleib des Landes in der Währungsunion? Welche politischen Fragen ergeben sich daraus?

Die deutschen Kosten für einen Austritt/Ausschluß Griechenlands und einen Zusammenbruch der Eurozone sind umstritten. Sie reichen in Gestalt von Verpflichtungen über Kredite, Bürgschaften, Garantien etc. (Stand: Juni 2012) von rund 310 Milliarden Euro (Bundesfinanzministerium) über 426 Milliarden (Bundesrechnungshof) bis zu 643 Milliarden (Ifo-Chef Hans Werner Sinn). Ihnen stehen die Kosten gegenüber, die wir bei einem Verbleib Griechenlands in der Eurozone zu tragen hätten. Die Zahlen lassen sich nur schätzen, ein Anhaltspunkt ergibt sich aus den bisherigen Hilfszahlungen für Griechenland.

Seit dem 1. Hilfspaket vom Mai 2010 hat Griechenland einschließlich des 2. Hilfspakets vom Februar 2012 240 Milliarden Euro erhalten, das sind 120 Milliarden pro Jahr. Der deutsche Anteil (27 %) liegt bei rund 35 Milliarden Euro. Die jährlichen deutschen Kosten für einen Verbleib Griechenlands in der Währungsunion dürften in etwa dieser Summe entsprechen. Da eine Wirtschaft wie die griechische nicht binnen weniger Jahre reformiert werden kann, ist ein Ende dieser Transferzahlungen nicht abzusehen; eine Daueralimentierung bleibt wahrscheinlich.

Was ergibt sich daraus politisch? Selbst wenn man die Zahlen jeweils herauf- oder herunterrechnet, zeigt der Vergleich der Verlustzahlen für Deutschland, die einmalig bei einer Griechenlandpleite und möglichen Folgekosten mit den jährlichen Transferzahlungen an Griechenland, die über einen nicht genau zu bestimmenden Zeitraum anfallen würden, warum die deutschen neben den europäischen Politiker einen Verbleib Griechenlands in der Eurozone bevorzugen.

Die Politik rechnet nicht in langen Zeiträumen: ob die jährlichen Transferzahlungen über 10-20 Jahren die heute sofort fälligen Verluste übersteigen werden – was wahrscheinlich ist – interessiert wenig. Daß es bequem ist, die Probleme in die Zukunft abzuwälzen, wissen wir auch aus deutscher Erfahrung. Es wird interessant zu beobachten, ob unsere Politiker dieses Mal der bequemen Lösung der Verschiebung der Probleme in die Zukunft widerstehen können? Wie kaum anders zu erwarten, konnten sie der Versuchung nicht widerstehen.

Die griechischen Regierungen und Politiker jedenfalls wissen, daß sie den Euro behalten können, wenn es für sie vorteilhaft ist. Sie haben ein unübersehbares Erpressungspotential, das ihnen hilft, Auflagen der Kreditgeber zu mißachten und sich vor schwierigen Reformen zu drücken. Sie wissen, daß sie damit durchkommen, wenn nicht ein ganz gravierendes Mißgeschick passiert. Sie nutzen das aus und haben praktisch kaum eine der hoch und heilig versprochenen Reformen durchgeführt. Daran wird sich voraussichtlich auf absehbare Zeit wenig ändern.

Den Fall Griechenland kann man unschwer als Chiffre für die Schwierigkeiten der gesamten Eurozone lesen: Teuer ist es, Griechenland zu retten, viel teuer aber wäre kurzfristig ein Ende der griechischen Euro-Mitgliedschaft. Extrem teuer wäre die Rettung der Euro-Währungsunion insbesondere für die Deutschen, am Schlimmsten, ja geradezu katastrophal wäre der Euro-Zusammenbruch - für Deutschland, Europa, ja sogar die Welt. So wird jedenfalls gesagt

und behauptet.

Wollen wir uns dieser Drohkulisse beugen? Ohne zu prüfen, was das für die deutschen Interessen bedeutet? Verschieben wir damit nicht nur die Probleme in die - immer ungewisse - Zukunft? Weil es bequemer ist?

Die EU-Südschiene

Griechenland wird als Sonderfall dargestellt. Das stimmt aber nicht. Das griechische Beispiel dürfte schnell Schule machen, wenn das Land in der Eurozone bleibt. Portugal, Spanien und Italien (vermutlich auch Irland) werden ähnliche Sonderbehandlungen verlangen. Mit welchen Argumenten sollte ihnen verweigert werden, was Griechenland zugestanden wurde? Man versteht, warum die Südländer oder Peripheriestaaten Griechenland unbedingt in der Eurozone halten wollen. Sie gehen davon aus, daß die Eurogruppe dann auch bei ihnen einknicken wird (und muß). Das Erpressungspotential Italiens und Spaniens ist schon aufgrund ihres wirtschaftlichen Gewichts mindestens so groß wie das der Griechen.

Italien

Italien spielt eine Schlüsselrolle. Einerseits könnte es sich aufgrund seines ökonomischen Potentials selbst "retten" (der durchschnittliche Italiener ist wohlhabender als der Deutsche), andererseits ist es seit Beginn der Europäischen Einigung gewohnt, Hilfgelder aus dem Norden abzuziehen und tut dies mit großem Erfolg. Das Finanzinstrument der Eurobonds wurde von Italienern erdacht und wird von Italien massiv propagiert. Es paßt ideal auf die italienischen Bedürfnisse. Es ist schön, wenn man Dritte für eigene Verpflichtungen zahlen und haften lassen kann. Es wäre auch schön, wenn man so weiter machen könnte wie bisher. Allerdings hat die Finanzkrise der Schuldenpolitik Grenzen gesetzt. Also Eurobonds ...

Solidarität

Zur Begründung der Eurobonds (unter verschiedener Etikettierung) hört man neben vielfältigen finanzpolitischen Argumenten, die hier nicht erörtert werden können, die aber alle auf eine Haftung der soliden Länder wie Deutschland hinauslaufen, am meisten das Schlagwort Solidarität. Die Geberländer, die Deutschen, Niederländer und Finnen sollen sich endlich solidarisch zeigen und z.B. dafür sorgen, daß die Südländer nicht höhere Zinsen für ihre Schulden zahlen müssen wie die im Norden.

Solidarität ist in der Tat ein gewichtiges Argument, nur sollte man es vielleicht weniger häufig im Munde führen wie unsere italienischen Freunde. Sie haben es Deutschland gegenüber in der Geschichte bis in die jüngste Zeit fast immer an Solidarität fehlen lassen und sind uns bei passender oder unpassender Gelegenheit stets in die Hacken getreten oder in den Rücken gefallen. Man denke nur an die italienischen Manöver beim deutschen Vorstoß für einen Ständigen Sitz im Sicherheitsrat. In Sachen Solidarität hätten die Spanier und wohl auch die Portugiesen weit bessere Karten als Italien.

Pfänder

Leichter wäre die Haftung, wenn Deutschland wie Finnland Pfänder fordern würde. Das Institut der Verpfändung macht den Schuldern klar, um was es geht. Wie wäre es etwa mit Südtirol als Pfand, das dann nach der – als absolut sicher zugesagten – Rückzahlung der Schuld ausgelöst und wieder voll an Italien zurückfallen würde; denn niemand zweifelt an dem Willen und der Fähigkeit Italiens, seine Schuld zu begleichen. Deutschland könnte etwa gemeinsam mit Österreich eine Lösung finden.

Man könnte auch an Triest denken, das sich Italien nach dem Zweiten Weltkrieg in einer Art Raubzug gesichert hat. Das sind natürlich nur Gedankenspiele, aber man muß den Partnern klar machen, um was es geht, wenn mit großer Geste nach unserer Geldbörse gegriffen wird. In der 1970er Jahren war übrigens der damalige Bundesfinanzminister Hans Matthöfer (SPD) nicht zimperlich, als es darum ging, einen italienischen Kredit durch Pfänder abzusichern. Italien ist danach nie mehr auf die Idee gekommen, Deutschland um solche Kredite anzuge-

hen. Aber vielleicht klappt es ja über die Eurobonds? ...

Solidarität und die viel beschworene europäische "Schicksalsgemeinschaft" sind hehre Prinzipien und Ziele, denen man nicht widersprechen will. Sie müssen aber konkret und fair ausgehandelt und ausgefüllt werden. Daran hapert es.

Die Finanzierung des europäischen Mezzogiorno

In Wahrheit geht es in der gegenwärtigen Krise noch um etwas ganz anderes. Die sich zuspitzende Krise soll nach den Plänen kluger und gewiefter Südeuropäer genutzt werden, um die Lasten der Subventionierung des Südens dauerhaft auf die Länder im Norden, besonders Deutschland "abzudrücken". Italien weiß, wovon die Rede ist. Seit der Gründung des italienischen Nationalstaats vor rund 150 Jahren füttert Norditalien den Süden, den sog. Mezzogiorno durch – ohne Erfolg wie man weiß. Periodisch flammen in Italien Diskussionen auf, die Subventionen für den Mezzogiorno endlich als nutzlos zu streichen. In Norditalien gab und gibt es deswegen Sezessionsbestrebungen. Noch besser wäre, wenn künftig andere die Bürde Mezzogiorno übernehmen – in erweiterter Form und für sehr lange Zeit.

Darauf läuft es hinaus, das ist die "Reform", die den Südländern vorschwebt. Solidarität, Wachstum, Schicksalsbeschwörungen oder ähnliches sind nur schmückendes Beiwerk, hinter dem sich langfristige, massive Interessen verbergen, die man nun im Schatten der Schuldenkrise durchzusetzen hofft. Kommissionspräsident Barroso spielt dieses Spiel besonders gekonnt. Es wird versucht, Deutschland, die Niederlande, die Finnen usw. dermaßen unter Druck zu setzen, daß sie letztlich nachgeben und der Transferunion - mit welchen Finanzinstrumenten auch immer - zustimmen. Der Euro wäre damit noch nicht gerettet; denn seine Rettung hängt entscheidend von glaubwürdigen Reformen in den einzelnen Schuldenländern ab.

Die angelsächsische Finanzindustrie

Unterstützung erfahren die europäischen Südländer von der angelsächsisch dominierten Finanzindustrie. Diese liebt bekanntlich den Euro nicht, denn er beschneidet die äußerst lukrative, zwischen der Wall Street und der City von London geteilte Rolle des Dollar als Weltleitwährung. Die Einführung des Euro haben sie mit überwiegend ablehnender Skepsis verfolgt, die gegenwärtige Krise wird fast täglich mit apokalyptischen Prophezeiungen des baldigen und unausweichlichen Euro-Zusammenbruchs kommentiert.

Aber Wall Street und City haben ein Interesse an der Verzögerung und Verschleppung der Krise, bis die Risiken auf die Staaten und die Steuerzahler abgewälzt sind. In der Zwischenzeit sollen potentielle Garantiegeber des Euro zur Kasse gebeten werden, bis auch dort nichts mehr zu holen ist. Im Blick haben sie Deutschland, von dem sie hoffen, daß es die Haftung für die Anleihen der europäischen Wackelkandidaten übernimmt und dann auch zahlt – bis auch dieses Faß leer ist oder auch diese Wiese abgegrast.

Natürlich wäre der kurzfristige und unkontrollierte Zusammenbruch des Eurosystems auch für die angelsächsische Finanzwelt ein unkalkulierbares Risiko mit möglicherweise katastrophalen Folgen; deshalb der Aufschub. Was danach kommt, ist bei der kurzfristigen Denkweise der Banker in London oder New York gleichgültig. Hauptsache, sie haben ihren Profit gemacht. Wenn der Euro dabei auf der Strecke bleibt, weil Deutschland ihn auch nicht mehr stützen kann, um so besser: ein Konkurrent weniger.

Nicht von Ungefähr kommt der Verdacht, daß die US-Ratingagenturen auf dieses Ziel hinarbeiten. Wie sich Deutschland bei einem Euro-Zusammenbruch aus der Verstrickung der übernommenen Haftungen befreien könnte, ist nicht Sache der angelsächsischen Finanzindustrie. Die daraus folgende Schwäche Deutschlands wäre zumindest für einen Teil der englischen politischen Klasse ein willkommener Nebeneffekt.

Um Verschwörungstheorien vorzubeugen: Die Wall Street und die City von London handeln rational im Sinne ihrer Interessen. Es bildet sich trotz unterschiedlicher Interessen der einzel-

nen Marktteilnehmer eine Art Konsens in der angelsächsischen Finanzindustrie heraus, der (bisher) in der Welt Leitfunktion hat. Die Interessen sind allerdings kurzfristig – ein Verantwortungsbewußtsein auf längere Sicht gibt es nicht: jeder schaut auf seinen kurzfristigen Profit.

Wohin das führt, hat die Welt in der Finanzkrise von 2007 ff. erfahren müssen, desgleichen in der Weltwirtschaftskrise von 1929 ff. (Was soll man davon halten, wenn die Folgen des Platzens einer Finanzblase mit dem "Aufblasen" einer noch größeren Finanzblase bekämpft werden soll?) Sehr vertrauenserweckend ist das nicht, auch wenn mit großem medialen und "wissenschaftlichem" Aufwand die jeweiligen interessengeleiteten Rezepte oder Problemlösungen in der Welt orchestriert und (bisher) durchgesetzt werden.

Allmählich gewinnt man den Eindruck, daß den Deutschen für den Fall eines Zusammenbruchs der Eurozone zumindest publizistisch die Schuld, der "Schwarze Peter", zugeschoben werden soll. Sollte Deutschland deshalb nicht vorsorglich die Goldbestände der Bundesbank, die in New York und London gelagert sind, nach Deutschland zurückholen? Wer weiß, auf was findige Hedgefonds oder andere Interessengruppen alles kommen? Mit "Schadensersatzklagen" sind sie bekanntlich schnell bei der Hand. Sind wir sicher, daß die deutschen Goldbestände bis zur Klärung der Rechtsfragen nicht in den USA oder Großbritannien sequestriert werden? Auch vor angelsächsischen Gerichten gilt der Satz: Vor Gericht und auf hoher See sind wir in Gottes Hand.

Europäische Zentralbank (EZB)

Das 1. Hilfspaket für Griechenland und die EZB-Beschlüsse vom 9. Mai 2010 waren bereits ein massiver Bruch des Maastricht-Vertrages von 1992, da die "No Bailout"-Klausel (§ 125) außer Kraft gesetzt wurde. Die Verträge waren das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben waren. Welche Gründe haben die Bundesregierung bewogen, diesem Bruch zuzustimmen? Das ist nicht ganz klar. Einige Begleitumstände sind zumindest auffällig.

Bundesfinanzminister Schäuble wurde auf dem Weg zur entscheidenden Sitzung in Brüssel krank und mußte kurzfristig das Krankenhaus aufsuchen (wofür ihm kein Vorwurf gemacht werden kann). Kanzlerin Merkel flog derweil nach Moskau, um sich bei den Feierlichkeiten des Jahrestags der deutschen Kapitulation (8./9. Mai 1945) für die "Befreiung" zu bedanken. Frankreichs Präsident Sarkozy und Italiens Ministerpräsident Berlusconi sagten dagegen die geplante Reise nach Moskau ab und eilten nach Brüssel, wo sich Sarkozy nach allgemeiner Wahrnehmung den damaligen französischen Präsidenten der EZB, Claude Trichet, kräftig zur Brust nahm.

Die Ergebnisse dieses Wochenendes sind bekannt: sie bestehen u.a. in einer schweren Verletzung deutscher Interessen. Die EZB begann eine neue Politik, u.a. mit dem Ankauf von Staatsanleihen europäischer Krisenstaaten. Die Bundesregierung hat den schleichenden Mandatswechsel als "alternativlos" dargestellt. Axel Weber, der deutsche Vertreter in der EZB, nahm daraufhin sofort seinen Abschied, Jürgen Stark folgte ihm später nach.

Seither muß Deutschland in Form von Krediten, Garantien, Target 2 – Forderungen an die EZB immer höhere Risiken eingehen. Denn bei dem einmaligen Vertragsbruch blieb es natürlich nicht. Rettungspakete, wie der EFSF und nun der ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus) wurden geschnürt, um der Schuldenkrise Herr zu werden. Ein Ende ist nicht abzusehen. Man wird den Eindruck nicht los, daß Deutschland an jenem Wochenende im Mai 2010 massiv über den Tisch gezogen wurde.

Die Machtverhältnisse in der EZB haben sich seit Mai 2010 radikal verändert. Statt dem deutschen Kandidaten Axel Weber wurde der Italiener Mario Draghi Chef der EZB. Der Einfluß der Bundesbank ist erheblich geschrumpft, die Nehmerländer geben im EZB-Rat den Ton an, Jens Weidmann, der deutsche Vertreter ist isoliert. Frankreich und die Nehmerländer wollen aus der EZB endgültig eine Institution machen, die der Politik – anders als die unabhängige

Bundesbank - untergeordnet ist. Das muß wissen, wer für Deutschland über Personalien und Befugnisse der EZB verhandelt. Der Umgang von Kanzlerin Merkel mit Axel Weber läßt allerdings wenig Gutes ahnen.

Es gibt massive Bestrebungen, den Einfluß der Bundesbank auf die EZB gänzlich auszuschalten. Die Bundesbank ist in Frankreich lange als ein Instrument der Bevormundung der eigenen Wirtschafts- und Finanzpolitik wahrgenommen worden. Mitterrand hat nicht ohne Grund die Einführung des Euro zur Voraussetzung der Wiedervereinigung gemacht. Der deutsche Einfluß sollte – positiv formuliert - über den Euro "eingebunden" und – negativ formuliert – "ausgeschaltet" werden. Die institutionelle und personelle Umgestaltung der EZB soll dieses Ziel vollenden.

Nostalgie bringt nichts, die Entscheidung ist Anfang Mai 2010 gefallen. Die Bundesbank hat ihre gute Zeit gehabt und heute stellen sich andere, neue Probleme. In den USA und in Großbritannien sind die Notenbanken auch nicht völlig von der Politik unabhängig. Voraussetzung einer Änderung der Statuten der EZB wäre allerdings die angemessene Wahrung deutscher Interessen. Die wäre bei den heutigen Machtverhältnissen in der EZB und der Fortsetzung ihrer Politik nicht gegeben. Angesagt ist ein erbitterter Kampf um jeden Millimeter Einfluß. Wer glaubt, Deutschland dürfte die Wahrung seiner Interessen dieser jetzigen EZB vertrauensvoll in die Hände legen, irrt gewaltig. Heraus käme letztlich die unbegrenzte Haftung Deutschlands für die Schulden Dritter und deren unverantwortliche Schuldenpolitik, auf die wir keinerlei Einfluß haben.

(Wie das gespielt wird, sieht man z.B. am Gebrauch der deutschen Sprache in den EU-Institutionen. Obwohl die deutsche Sprachgruppe in der EU bei weitem die größte ist und verschiedene Bundesregierungen immer wieder versucht haben, die Lage zu verbessern, fristet das Deutsche in den EU-Institutionen ein Kümmerdasein und wird konsequent ausgebremst. Ähnliches gilt für den Anteil deutscher Diplomaten am neuen Europäischen Auswärtigen Dienst, wo Deutschland als größter EU-Mitgliedstaat nur zwei Drittel der französischen Diplomaten stellt und noch hinter Italien und Spanien auf dem vierten Platz rangiert. Die Beispiele ließen sich vermehren.)

Die Ankündigung von EZB-Chef Mario Draghi von Anfang August 2012, unbegrenzt Staatsanleihen aufzukaufen und der EZB damit unbegrenzte Feuerkraft zu verleihen, wirft ein Schlaglicht auf die Zukunft. Die Bundesbank hat auf die Gefahren einer Inflation und die Nähe zur "verbotenen" Staatsfinanzierung hingewiesen - vergeblich. Die "kreative" Geldpolitik hat in der EZB Einzug gehalten.

Draghi war bekanntlich mehrere Jahre ein Mann von "Goldman Sachs", der Investmentbank, die Griechenland geholfen hat, mit gefälschten Zahlen in die Eurozone aufgenommen zu werden, und das herannahende Desaster jahrelang zu verschleiern. "Goldman Sachs" war die Bank, die zumindest bis zur Finanzkrise besonders erfolgreich mit "windigen" Finanzprodukten gehandelt hat; sie verkaufte sie gutgläubigen Kunden und wettete gleichzeitig dagegen. (Kein Wunder, daß die Personalie "Draghi" viele Leute nervös macht.)

Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM)

Eine Überrumpelung Deutschlands, wie im Mai 2010, darf es nicht mehr geben. Ansonsten dürfte sich ein anschwellender und breiter deutscher Meinungsstrom aus Ressentiments durch die künftige Europadiskussion ziehen. Das gilt vor allem für Entscheidungen, die unmittelbar finanzielle Interessen betreffen.

Ein Beispiel für den kompletten Mangel an Beteiligung der BürgerInnen ist der ESM, der Europäische Stabilitätsmechanismus, der weitestgehende Befugnisse auf die europäische Ebene verlagert. Die deutsche Öffentlichkeit war auch nicht annähernd aufgeklärt. Selbst dem Bundestag wurde eine angemessene Information vorenthalten. Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat am 19. Juni 2012 einer Klage von Abgeordneten stattgegeben, die gegen die

unzureichende Informationspolitik der Bundesregierung geklagt haben.

Die Diskussion um den sogenannten "Fiskalpakt" ist eher ein Nebengleis. Gegenüber den EU-Verträgen enthält der Fiskalpakt nichts wesentlich Neues und viele Fachleute halten ihn für entbehrlich. Die einschneidenden, umstürzenden Entscheidungen stehen im ESM. Daß sich die deutsche Diskussion auf den Fiskalpakt verschoben hat, geht auf den wahrscheinlich bewußt von der Bundesregierung herbeigeführten Mangel an Informationen zum ESM zurück. Die deutsche Öffentlichkeit und auch der Bundestag können nicht diskutieren, was sie nicht kennen – und auch nicht kennen sollen.

Eine Volksabstimmung wäre bei der enormen Tragweite des ESM der geeignete und richtige Entscheidungsweg gewesen. Das Grundgesetz wird durch den ESM so tief und weitgehend transformiert, daß ein Volksentscheid eigentlich unabweisbar gewesen wäre. Auch Bundesfinanzminister Schäuble hat angesichts der Tragweite der anstehenden Entscheidungen im Sommer 2012 die Idee einer Volksabstimmung ins Spiel gebracht. Nun hat das Bundesverfassungsgericht mit seinem Urteil zum ESM vom 12. September 2012 einige für Deutschland verbindliche Interpretationen und Klarstellungen gemacht. Das ist gut, aber es muß abgewartet werden, ob diese hinreichend sind, um die die deutschen Interessen wirksam zu schützen.

Die Suche nach einem neuen Gleichgewicht zwischen den Partnern der Eurozone steht auf der Tagesordnung. Das ganze System muß neu austariert werden. Die Regierungen, die Notenbanker, die Wirtschaftseliten und Spitzenpolitiker neigen dazu, die Entscheidungen unter sich auszuhandeln. Die politische Klasse Deutschlands steht hinter den auf diese Weise ausgehandelten Entscheidungen und akzeptiert – bisher – überwiegend das Ergebnis der Euro-Gipfel und anderer Entscheidungsgremien als "alternativlos". Das kann so nicht bleiben, wenn das geeinte Europa ein erfolgreiches Projekt bleiben soll. Die BürgerInnen müssen beteiligt und das demokratische Defizit überwunden werden.

Frankreich

In Frankreich, bei unserem wichtigsten europäischen Partner ist die Lage eine andere. Dort gibt es Volksabstimmungen zu europapolitischen Fragen. Der erste Lissabon-Vertrag oder EU-Verfassungsvertrag wurde 2005 vom Volk abgelehnt. Die Sozialistische Partei Frankreichs, die heute den Präsidenten und die Mehrheit im Parlament stellt, war seinerzeit gespalten. Der heutige Außenminister, Laurent Fabius, war 2005 z.B. ein Befürworter des Nein.

Die Bereitschaft der Franzosen, weitere Souveränitätsrechte an EU abzugeben, scheint seither eher noch gesunken zu sein, wenn man die Ergebnisse der letzten Wahlen analysiert. Das auch in Frankreich so empfundene "Gewürge" um die Euro-Rettung hat die Europabegeisterung sicher nicht beflügelt. Der neue Präsident, Francois Hollande, wird Schwierigkeiten haben, wenn er die Franzosen zur Abgabe von mehr Souveränitätsrechten und eine europäische Fiskalunion bewegen will. Eine Volksabstimmung stünde sofort auf der Tagesordnung.

In Griechenland, Portugal, Spanien und Italien haben sich die französische Wirtschaft und die französischen Banken stark engagiert und sind deshalb heute dort besonders exponiert oder Gefährdungen ausgesetzt. Es ist ein ganzes Bündel von Interessen, das Frankreich mit der europäischen Südschiene verbindet. Hollande glaubt, daß er seinen Einfluß in Europa steigern kann, wenn er sich zum Sprecher der Südländer macht und deren Interessen fördert. In Frankreich kommt außerdem gut an, daß er der gefühlten Dominanz Deutschlands entgegentritt.

Offen bleibt vorerst, wieweit Hollande bereit ist, sich in Konflikt mit Kanzlerin Frau Merkel und deutschen Interessen zu begeben. Da bleibt noch Raum, um die gegenseitigen deutsch-französischen Interessen auszutarieren. Frankreichs Interessen sind nicht in allen Punkten mit denen der Südländer identisch. Frankreich ist selber Geberland und zwar in fast gleicher Höhe wie Deutschland.

Frankreichs Interesse ist zwar, Deutschland so viel wie möglich abzurufen, aber nicht zum eigenen Schaden. Schaden von den eigenen Banken abzuwenden: Ja. Die eigene Kreditwür-

digkeit wegen der Haftung für die Südländer zu verringern oder zu verlieren: Nein. Souveränitätsrechte an die EU abzugeben: Nein. Mit Hilfe der Italiener und anderer Südländer in der EU und vor allem in der EZB wichtige Posten zu besetzen, um den deutschen Einfluß zu schmälern: Ja. Präsident Hollande wird Kompromisse machen müssen.

Deutschland

Deutschland hat ein existentielles Interesse an der EU aus vielerlei Gründen. Das wichtigste ist die Einbindung deutscher Macht in einem Verbund des permanenten Interessenausgleichs mit unseren Nachbarn. Die tendenziell hegemoniale Stellung Deutschlands als stärkstes Land in Europa hat uns in den Konflikt von 1914 geführt, der letztlich mit der Katastrophe von 1945 endete. Die Einbindung in der EU hat uns die Wiedervereinigung von 1989/1990 ermöglicht, die keineswegs selbstverständlich war – man denke nur an die Widerstände von M. Thatcher und die widerwillige, konditionierte Zustimmung von Mitterrand (vgl. Guntram von Schenck, Kontinuität deutscher außenpolitischer Interessen im 20. Jahrhundert?).

Dafür war und ist Deutschland bereit, einen Preis in Gestalt der Aufgabe von Souveränitätsrechten zu zahlen. Auch in finanzieller Hinsicht haben wir die Solidarität nie verweigert, sondern (überwiegend) geduldig und langmütig die Last des größten Beitragszahlers getragen. Heute ist Deutschland in der EU wirtschaftlich und demographisch wiederum tendenziell hegemonial bzw. wird von seinen EU-Partnern so empfunden. Das löst Widerstände aus, die aufgefangen und positiv kanalisiert werden müssen. Ein besseres Instrument als die EU kann man für diesen Zweck gar nicht erfinden.

Hinzu kommt, daß Deutschland vom EU-Binnenmarkt profitiert, daß die Deutschen im europäischen Raum fast unbeschränkte Freiheit genießen und im Frieden und (überwiegend) in Freundschaft mit ihren Nachbarn leben. Das war nicht immer so. Die deutsche politische Klasse weiß, daß Deutschland im Zuge der Globalisierung und der Neuordnung der Welt nach dem Aufstieg der Schwellenländer wie China oder Indien allein gestellt nicht effektiv die deutschen Interessen in der Welt vertreten kann, sondern auf enge Kooperation und Bündelung der Kräfte mit den Nachbarn angewiesen ist.

Die deutschen Eliten setzen deshalb auf ein Zusammenwachsen der europäischen Völker, die sich in freier Entscheidung für ein Zusammengehen entschieden haben und gemeinsam die Zukunft gestalten wollen. Dafür zahlen wir – wie gesagt - einen Preis in Gestalt der Abgabe von Hoheitsrechten und mit finanziellen Transferleistungen, die bereits jetzt einen erheblichen Umfang haben. In den Verträgen von Maastricht (1992) und Lissabon (2009) haben wir dazu mit unseren europäischen Partnern einen fair ausgehandelten und überwiegend als fair empfundenen Modus Vivendi gefunden.

Deutschland / Frankreich

Deutschland fordert für weitergehende finanzielle Zugeständnisse ein "Mehr an Europa". Die Partner sollen Hoheitsrechte abgeben und eine effektive Aufsicht, Kontrolle und ggf. Beschneidung ihrer Haushaltssouveränität, also eine Fiskalunion akzeptieren. Erst danach kann nach deutscher Auffassung eine gemeinschaftliche europäische Haftung, sprich die Haftung der soliden Geberländer für die Schuldenstaaten vereinbart werden. Die Geberländer müssen zumindest mitentscheiden können, wofür sie die Haftung übernehmen sollen. Ein Ausgleich auf der Basis: mehr deutsches Geld für mehr Hoheitsrechte an Brüssel dürfte für Frankreich allerdings sehr schwierig, wenn nicht unmöglich sein.

Die Entwicklung geht in Frankreich eher in die entgegengesetzte Richtung. Die extreme Rechte (Marine le Pen) und die extreme Linke (Mélenchon), beide extrem europaskeptisch und gegen den Euro, haben in Frankreich bei den Präsidentschaftswahlen zusammengezählt rund ein Drittel der Stimmen erhalten. Selbst wenn die Sozialisten mit Francois Hollande als Präsident mit großer Machtfülle die Mehrheit im Parlament haben, muß Hollande die Stimmung respektieren. Das gilt um so mehr als es in seiner eigenen Partei gewichtige euroskeptische

Stimmen gibt. Präsident Hollande wird bei der Abgabe von Hoheitsrechten an Europa den Deutschen keine oder kaum Zugeständnisse machen können.

Sollte es zwischen Frankreich mit der neuen Regierung und Deutschland zu einer offenen, öffentlich ausgetragenen Machtprobe kommen, wie es im Präsidentschaftswahlkampf manchmal den Anschein hatte, sieht es für die Zukunft des Euro düster aus. Die Nervosität und Irritation sind in Europa bereits so groß, daß der Schaden irreparabel sein könnte.

Was ist zu tun?

Bevor weitere Schritte zur europäischen Einigung getan und deutsche Hoheitsrechte an Brüssel abgegeben werden, muß genau geprüft werden, welche möglichen Folgen sich daran knüpfen. Die deutschen BürgerInnen müssen angemessen an dieser Prüfung beteiligt werden. Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit; es ist eine Schande, daß das überhaupt gefordert werden muß. Es kann sein, daß die Deutschen bei Abwägung aller Vor- und Nachteile beispielsweise einer europäischen Banken- und Transferunion und einer Vergemeinschaftung der Schulden zustimmen. Es kann aber nicht sein, daß diese umwälzenden Entscheidungen durch die Hintertür herbeigeführt werden.

Wer angesichts des auf nationaler und internationaler Ebene aufgebauten Drucks vorschnell zustimmt, könnte eine Art finanzielles Versailles unterschreiben. Wir haben aber anders als 1919 keinen Krieg verloren und sollten uns weder "einschüchtern" noch "weich klopfen" lassen. Die Möglichkeit einer Ausplünderung des deutschen Volksvermögens und der unzumutbaren Belastung unserer Kinder und Enkel steht im Raum. 1919 haben wir nachgeben müssen. Ein Blick in die Geschichtsbücher zeigt, daß diese "erzwungene" deutsche Nachgiebigkeit weder Deutschland noch Europa gut bekommen ist.

Volksabstimmung

Das letzte Wort hat der Souverän, das Staatsvolk. Eine Volksabstimmung ist der richtige Weg. Sie muß stattfinden, bevor die Weichen in eine Transfer-, Haftungs-, Banken- und Schuldenunion gestellt oder Hintertüren dazu geöffnet werden. Dann müssen die Eliten die deutschen BürgerInnen von der Notwendigkeit und den Vorteilen eines solchen politischen Quantensprungs der Europäischen Einigung überzeugen - oder eben nicht. In dieser Schicksalsfrage darf es keinen schleichenden Übergang geben!<<

17.11.2012

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 17. November 2012 (x887/...): >>Mit der Energiewende in den Atom-Gau

Über die instabilen, veralteten Stromnetze droht Deutschland eine Gefahr, die kaum wahrgenommen wird

Die im März 2011 eingeläutete "Energiewende" sollte in Deutschland ein Horror-Szenario wie in Fukushima ausschließen. Tatsächlich hat sich aber seit dem überstürzten Atomausstieg die Wahrscheinlichkeit einer Katastrophe sogar erhöht.

Bahn-Chef Rüdiger Grube war es, der vor wenigen Wochen noch mal in Erinnerung brachte, auf welchem dünnem Eis sich Deutschland mit seiner Energiewende bewegt: 30 Prozent der Züge könnten in Nordrhein-Westfalen an kalten Tagen im kommenden Winter ausfallen, so Grube vor wenigen Wochen. Der Hintergrund der Warnung: Zum Jahreswechsel läuft die Betriebsgenehmigung des Kohlekraftwerks Datteln aus.

Allen Erfolgsmeldungen vom Ausbau der erneuerbaren Energien zum Trotz, der Ausfall eines einzigen Kraftwerks könnte Folgen haben, die über stehengebliebene Züge weit hinausgehen. Das gesamte deutsche Stromsystem hat sich zu einem hochfragilen System entwickelt, das bereits mehrfach vor dem völligen Absturz gestanden hat.

Die Grundkonzeption der heutigen Netze stammt teilweise noch aus den 1950er Jahren, das Stromnetz war nie auf die dezentrale Einspeisung großer Energiemengen abgestellt. Tatsächlich werden die Mengen an unregelmäßig anfallendem Wind- und Solarstrom, die das Netz

bewältigen muß, aber immer größer.

Die Folge: Das Energienetz kommt immer öfter an seine Belastungsgrenzen. Damit steigt die Wahrscheinlichkeit eines sogenannten Blackouts, des Totalzusammenbruchs des Stromnetzes. Auf die Frage, wie lange es dauern würde, das deutsche Stromnetz wieder in Gang zu bringen, gibt es keine deutschen Prognosen.

Der schweizerische Netzbetreiber Swissgrid rechnet mit drei Tagen, die er benötigen würde, um sein Netz wieder aufzubauen, der österreichische Betreiber Austrian Power Grid geht von sieben Tagen aus. Beide Länder hätten allerdings gegenüber Deutschland einen entscheidenden Vorteil: ihre Wasserkraftwerke. Diese lassen sich ohne Rückgriff auf das Stromnetz aus eigener Kraft wieder anfahren.

Hinter den deutschen Möglichkeiten, sich aus einem landesweiten Stromausfall wieder herauszuarbeiten, steht ein großes Fragezeichen. Die Voraussetzungen scheinen nicht sonderlich günstig. Neben Gaskraftwerken würde vor allem Deutschlands größtes Pumpspeicherwerk im thüringischen Goldisthal zum Ankerpunkt eines Neustartes werden. Gebietsinseln mit wiederhergestellter Stromversorgung würden Schritt für Schritt miteinander verbunden werden. Ein Balanceakt: Stromangebot und -nachfrage müßten ständig aufeinander abgestimmt werden, jederzeit würde ein neuer Netzzusammenbruch drohen.

Eine Studie im Auftrag des Deutschen Bundestages aus dem Jahr 2010 ging von 14 Tagen ohne umfassende Stromversorgung aus. Untersucht wurden die Konsequenzen eines länger andauernden und flächendeckenden Stromausfalls in Deutschland.

Das Fazit des Berichts: "... ein Kollaps der gesamten Gesellschaft wäre kaum zu verhindern." Sofort ausfallen würden Tankstellen, Fahrstühle, Wasserwerke, Ampeln, Geldautomaten, Supermarktkassen und die meisten Telefonnetze. Nach drei Tagen würde die ärztliche Versorgung zusammenbrechen und würden Versorgungsengpässe bei der Lebensmittelversorgung entstehen. In den Krankenhäusern wären dann die Dieselreserven für die Notstromaggregate aufgebraucht, bei den Lastwagen wären die Tanks leergefahren. Was in Deutschland überhaupt an Vorsorgemaßnahmen getroffen wurde, ist auf die Überbrückung von Stromausfällen von Stunden, bestenfalls einigen Tagen ausgelegt.

Drei Monate vor der Fukushima-Katastrophe im Dezember 2010 fertiggestellt, wird in der Bundestagsstudie das "heißeste Eisen" im Zusammenhang mit einem lang andauernden Stromausfall allerdings nicht einmal erwähnt: die Kühlung der deutschen Atomkraftwerke. Mit einem Netzzusammenbruch würden auch die Kernkraftwerke wie alle übrigen Kraftwerke vom Netz gehen, sie müßten runtergefahren werden.

Damit ist es allerdings nicht getan. Selbst nach dem Abschalten müssen die Brennstäbe soweit heruntergekühlt werden, daß eine Kernschmelze verhindert wird - und zwar jahrelang. Erst nach zehn Jahren ist die Nachzerfallswärme der Brennstäbe soweit gesunken, daß sie überhaupt transportfähig sind. Um die Kühlwasserpumpen für die Brennstäbe und die Leittechnik der Kraftwerke am Laufen zu halten, ist nach einem Zusammenbruch des Stromnetzes der Rückgriff auf Notstromaggregate nötig. Im Fall der AKWs sind diese so leistungsfähig, daß sie problemlos in der Lage sind, den Strombedarf von Kleinstädten abzudecken. Der Dieselverbrauch ist entsprechend.

Sobald die in den Kraftwerken vorhandenen Dieselvorräte für die Notstromaggregate aufgebraucht wären, müßte Nachschub herangeschafft werden - unter den Bedingungen eines "Kollaps der gesamten Gesellschaft", der sich nach der Prognose der Bundestagsstudie alsbald landesweit einstellen würde.

Welches Szenario droht, wenn auch nur in einem der 17 aktiven oder stillgelegten deutschen Kernkraftwerke der Versuch mißlingt, die Kühlung der Brennstäbe zu sichern, läßt sich am japanischen Fukushima absehen. Die Wahrscheinlichkeit einer solchen Katastrophe hat sich ausgerechnet mit dem überstürzten Ausstieg aus der Atomenergie und dem ungebremsten

Ausbau der erneuerbaren Energien ohne Vorhandensein wichtiger Voraussetzungen wie leistungsfähiger Leitungsnetze oder Speichermöglichkeiten für die Solar- und Windenergie um einiges erhöht.<<

26.11.2012

BRD: Das Nachrichtenmagazin "Focus" (48/2012) berichtet am 26. November 2012 über "Wikipedia": >>Wie ich bei Wikipedia zum "neurechten Kettenhund" wurde

Anonyme Humanisten

Ein Wort in eigener Sache von FOCUS-Redakteur Michael Klonovsky

"Papa", fragte mein Neunjähriger, "wenn dich jemand öffentlich Hund nennt, warum haust du dem nicht eine auf die Zwölf?" Nein, ich erzählte nichts von Zivilgesellschaft und Duellverbot, sondern erklärte, daß ich diesen Menschen gar nicht kenne und daß er mir das nicht ins Gesicht gesagt habe, das würde der sich gar nicht trauen, sondern er habe es geschrieben, und das stünde nun in diesem Online-Lexikon, das er, Sohn, ja aus der Schule kenne. "Und warum schreibt der so was?" Nun, das sei eben ein Maulheld, der über gewisse Dinge anderer Meinung sei als ich und das nicht eleganter formulieren könne. "Aber wieso steht so was in einem Lexikon?" – Kinder stellen oft die richtigen Fragen.

Der Reihe nach. Nachdem ich in einem Artikel die Umarbeitung des Wikipedia-Eintrages über die libertäre Zeitschrift "eigentümlich frei" und deren fragwürdige Einsortierung bei der "Neuen Rechten" thematisiert hatte (FOCUS 46/2012), nahm sich der anonyme Autorenschwarm prompt jener Wikipedia-Seite an, über welcher mein Name steht. Das Resultat ist nicht nur der erwartbare Versuch, mich ebenfalls erkenntnisdienlich der bösen Rechten zuzuordnen, sondern obendrein einer Spezies als boshaft geltender Vierbeiner.

Die "Rechtsextremismusforscher" Martin Dietzsch und Anton Maegerle "verorten den von ihnen mit Kettenhund betitelten Klonovsky ... in der Neuen Rechten", kann man in Wikipedia lesen (dabei ist mir alles Neue ein Graus!). Der aparte Tiervergleich taucht auf der Seite mal auf, dann verschwindet er wieder, weil diese Gesinnungs-Paparazzi natürlich wissen, über wessen Geisteszustand er tatsächlich Auskunft gibt und ihn lieber weghaben wollen; er ist aber im Anmerkungsteil jederzeit abrufbar.

Die Rubrizierung unter "Neue Rechte" wiederum ist deswegen obligatorisch, weil man dort zum Sympathisanten des "völkischen Nationalismus" wird – und einen Klick weiter der NPD. Der Eintrag wird abgerundet durch falsche Behauptungen über den Inhalt eines Gerichtsurteils, ein Zitat aus der Fachzeitschrift "Emma" sowie die Beurteilung meiner Person durch Sozio- und Politologen, so namenlos wie links, deren wesentliche wissenschaftliche Leistung darin besteht, mich zu zitieren und das Zitierte dann ganz schlimm zu finden.

Gleichwohl bleiben Fragen. Zum Beispiel, wer mich am anderen Kettenende hält. Helmut Markwort? Die Bankenmafia? Der NSU? Und wer sind diese beiden metaphernfreudigen "Forscher" mit offenbar enzyklopädischer Relevanz?

Der eine ist momentan Herausgeber der "Antifaschistischen Nachrichten", die von verschiedenen Verfassungsschutzbehörden dem linksextremistischen Spektrum zugeordnet werden (steht so in Wikipedia! Tut doch was!), der andere fühlt sich dermaßen verfolgt, daß er unter Pseudonym verleumden muß. Beide schreiben für das Duisburger Institut für Sozialforschung (DISS), ein bedeutender Linksextremistensüppchenkochclub mit mindestens drei festangestellten Köchen.

Die Wikipedia-Schreiber selbst werkeln unter Pseudonymen wie "Fiona", "SanFran Farmer" und "Bürgerlicher Humanist" (Letzterer brachte mich kurzzeitig auf die Idee, mich als "Proletarischer Humorist" einzuloggen). Die Vermutung liegt nahe, daß sie in ihrem analogen Leben nichts Gescheites zu tun haben. Im Grunde ist es fast schade, daß sich andere Autoren parallel um eine ausgewogene Darstellung bemühen und der Artikel so eine partiell seriöse Anmutung bekommt. Sonst würde sich schneller herumsprechen, daß in gewissen politischen Fragen die

deutsche Wikipedia nichts anderes ist als ein linker Denunziantenstadl.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet damals über "Wikipedia" (x876/...): >>... **Wie objektiv ist Wikipedia?**

1. Anspruch und Wirklichkeit

"Wikipedia, die freie Enzyklopädie", beruht auf dem Grundgedanken, daß jeder sein Wissen ins Netz stellen und vorhandene Einträge frei ergänzen oder verändern können soll, so daß am Ende eine ausgewogene Information herauskommt. Dies funktioniert recht gut auf neutralen Gebieten wie Musik, Medizin oder Geographie. Soweit ein Stichwort aber die Sphäre der Politik berührt, ist es oft vorbei mit der Objektivität. Gewisse Ideologen haben Wikipedia offenbar als Spielwiese entdeckt, wo man nahestehende Personen und Institutionen hochheben und Andersdenkende heruntermachen kann.

Der Betroffene kann schiefe Informationen zwar wieder zurechtrücken, aber häufig ist diese Korrektur nach ein, zwei Tagen wieder gelöscht. Wer nämlich mehr Mitstreiter hat, mehr Freizeit und mehr Aggressionspotential, drückt letztlich die Formulierungen durch, die er haben möchte. Im Extremfall können sogenannte Administratoren, d.h. bewährte langjährige Wikipedia-Nutzer schlichtend eingreifen. Doch, was ist, wenn Gesinnungsgenossen selbst zu Administratoren aufgestiegen sind? –

Und so kommt es, daß z.B. international angesehene Wissenschaftler wie der Historiker, Jurist, langjährige Sekretär der UN-Menschenrechtskommission und Experte für ethnische Säuberungen, Prof. Alfred de Zayas, mit kritischen Anmerkungen bedacht wird, während der linke "Antifaschist" Anton Maegerle alias Gernot Modery untadelig in strahlendem Licht erscheint.

Bei der deutschen Wikipedia fällt die politische Einseitigkeit besonders auf. Vor allem Linke und Linksradikale haben den Vorteil der "freien Enzyklopädie" früh erkannt: Erstens kann man hier anonym agitieren und muß seine ideologische Herkunft, z.B. Medien aus dem Umfeld der Linkspartei nicht aufdecken, zweitens ist man nicht - wie bei Printmedien - juristisch zu fassen (die Wikipedia-Zentrale hat ihren Sitz in San Francisco und ist angesichts skurriler US-Gesetze kaum zu belangen), und drittens schließt die Mehrzahl der Nutzer aus dem Wort Enzyklopädie vorschnell auf Objektivität.

2. In eigener Sache

In meinem eigenem Fall wurde z.B. der Hinweis auf die Millionenaufgabe meiner Bücher gelöscht. Bei Anton Maegerleaber ist sehr wohl erwähnt, er habe ein Privataarchiv mit 550.000 Einträgen. Gelöscht wurde auch der Hinweis auf das umfangreiche positive Medienecho meiner zeitgeschichtlichen Bücher in führenden Tageszeitungen, im Rundfunk und in der Literatur, das z.T. von hochrangigen Osteuropa-Experten wie Prof. Gotthold Rhode stammt (von 14 zustimmenden Rezensionen wurden 13 getilgt). Gebracht wurden dagegen drei abfällige Kommentare mit z.T. rabulistischer Tendenz:

Wikipedia berichtet z.B. von einer Kritik des Historikers Martin Broszat vom Münchener Institut für Zeitgeschichte an meiner Person, verschweigt aber, daß Broszat wegen ebendieser "polemischen und wissenschaftlich zweifelhaften" Kritik von der Rechtsaufsicht des Instituts, der Bayerischen Staatsregierung, getadelt wurde ...

Der Kritiker Ingo Haar weiß nicht einmal, daß blutige ethnische Säuberungen nach nationalem wie internationalem Recht (Völkerstrafgesetzbuch bzw. UN-Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes) als Genozid klassifiziert werden, und daß beim Bundesgerichtshof und beim Internationalen Kriegsverbrecher-Tribunal in Den Haag schon mehrere Urteile in diesem Sinn ergangen sind.

Er bemüht sich auch, die Zahl der Vertreibungsoffer dadurch herabzusetzen, daß er - entgegen allgemeiner Praxis - nur die Fälle direkter Tötung anerkennt, nicht aber die Todesfälle durch Hunger, Seuche, Überarbeitung, Mißhandlung etc.

Die Autoren Eva und Hans Henning Hahn schließlich ersetzen nachprüfbar Beweise durch Beschimpfungen wie "Nahtstelle zum rechtsradikalen Milieu" oder "Rehabilitierung des Nationalsozialismus" (in Wirklichkeit behandeln meine historischen Schriften nicht die Nazi-, sondern die Nachkriegszeit) und unterstellen mir freundlicherweise, eine "weiter reichende Revision des gesamten öffentlichen Lebens in Deutschland, einschließlich der deutschen Außenpolitik" anzustreben. Donnerwetter!

Am meisten scheint diese Kritiker zu wurmen, daß ich ausdrücklich darauf hinweise, daß in der immer wieder genannten Einwohnerzahl der Vertreibungsgebiete (16,5 Millionen) die Rußlanddeutschen und die zugezogenen Westdeutschen (Luftkriegsevakuierete, ausgelagerte Betriebe, Verwaltungspersonal etc.) nicht enthalten sind, vgl. Statistisches Bundesamt: Die deutschen Vertreibungsverluste, S. 5 und 13. Auch das Leben dieser Menschen war durch Flucht, Vertreibung bzw. Verschleppung genauso gefährdet wie das der einheimischen Ostdeutschen; ihre Verluste sind Vertreibungsverluste.

Allerdings sollte man sich stets vor Augen halten, daß Bevölkerungsstatistiken immer nur Annäherungswerte darstellen, die vielleicht einmal korrigiert werden müssen. So haben z.B. die Jugoslawiendeutschen ermittelt, daß die Zahl ihrer Vertreibungstoten nur etwa halb so hoch war wie ursprünglich geschätzt. Und in Auschwitz mußte der Direktor des Staatlichen Museums, Dr. Franciszek Piper, 1990 die weit überhöhten Opferzahlen von den verschiedenen Gedenksteinen in 19 Sprachen entfernen lassen. Auch "meine" Zahlen sind natürlich kein Dogma und jederzeit zu korrigieren ... wenn stichhaltiges Material vorgelegt wird.

3. Noch ein paar Details

Darüber hinaus verbreitet Wikipedia eine Reihe von Falschmeldungen. Hier nur einige exemplarische Fälle:

- Ich hätte in dem (rechtslastigen) Journal of Historical Review veröffentlicht. Unwahr! Das wurde schon einmal behauptet und korrigiert und taucht jetzt nach ca. zwei Jahren wieder auf.
- Ich hätte bei Lesertreffen des rechten Verlegers Munier in Pommersfelden referiert. Wieder eine Wandersage. Gastgeber meines Vortrags in Pommersfelden war der Schulverein zur Förderung der Rußlanddeutschen.
- Ich sei Mitglied im (sudetendeutschen) Witiko-Bund. Bin ich nicht.
- Ich hätte einen Vortrag für den "Verein Gedenkstätte" (zur Erinnerung an die zivilen Kriegs- und Nachkriegsopfer in Deutschland) gehalten. Wieder falsch. Die Einladung stammte von der Schlesischen Jugend, die aus mir nicht bekannten Gründen das Vereinsgebäude als Veranstaltungsort gewählt hatte.

Ich habe lange gezögert, meine Homepage mit solchem Klein-Klein zu belasten; nachdem mir aber sogar unter "Wikipedia-Diskussionen" die meisten Korrekturen gelöscht wurden, muß ich es wohl doch tun.

4. Fazit

Alles in allem erinnert meine Wikipedia-Seite nicht an eine seriöse Enzyklopädie, sondern eher an eine Materialsammlung, wie man sie früher über Bürgerrechtler und andere Dissidenten in der DDR anzulegen pflegte.

24 deutsche und schweizerische Publizisten haben 2012 einen kritischen offenen Brief an Wikipedia-Mitgründer Jimmy Wales veröffentlicht. Darin heißt es u.a. "Die deutsche Wikipedia ist eine Quelle für ideologisch verbrämte Fehlinformation." Und der amerikanische Internet-Pionier Jaron Lanier spricht von einer "Wiki-Lynchjustiz", denn "bei Wikipedia bestimmen meist jene die Wahrheit, die am besessensten sind." ...<<